



INHALT DEZEMBER 2009

SEITE 1

PASSABLER START MIT SCHWACHSTELLEN

Stimmen zum Koalitionsvertrag

SEITE 2

ZAHLENWERK

Zuwanderer aus Afrika in Deutschland

DATENBANK FÜR AUSLÄNDISCHE BILDUNGSABSCHLÜSSE

Datenbank informiert über Vergleichbarkeit

ANTIDISKRIMINIERUNGS-ARBEIT IN DER PRAXIS

Veröffentlichung der EU-Kommission zu Aktivitäten von Gewerkschaften und NGOs

SEITE 3

POSITIVE BILANZ

Integrationsbericht des BAMF zum Jahr 2008

SITUATION DER ROMA IN DER EU

Zwei Berichte der Grundrechteagentur

DEUTLICHE ZUNAHME

Asylbewerberzahlen im September 2009

ZWEI RICHTLINIEN GEÄNDERT

Europäische Kommission will einheitlichen Schutzstatus

SEITE 4

INTEGRATIONSPOLITIK IN DER MITTE BERLINS

Kommentar von Christian Hanke, Bezirksbürgermeister Mitte von Berlin

PASSABLER START MIT SCHWACHSTELLEN

Stimmen zum Koalitionsvertrag

Der am 26. Oktober in Berlin vorgestellte Koalitionsvertrag der neuen schwarz-gelben Regierung stößt mancherorts auf Skepsis. Besonders bei den Themen Integration, Migration und Fremdenfeindlichkeit sehen viele Interessenvertretungen, Multiplikatoren und Experten stürmische Zeiten voraus.

Der DGB Bundesvorstand, Bereich Migrations- und Antirassismuspolitik, kritisiert zuerst die Aufweichung der Bekämpfung von Rechtsextremismus, hin zu einem Vorgehen gegen politischen Extremismus insgesamt. In einem Arbeitspapier heißt es dazu: „Mit der Veränderung der Zielrichtung werden die in der Gesellschaft liegenden spezifischen Ursachen des Rechtsextremismus nicht mehr gesondert betrachtet und die Gefahr für die Demokratie nicht mehr gewürdigt.“ Weiter wird kritisiert, dass die neue Regierung de facto keine Gleichbehandlungs- oder Antidiskriminierungs-politik kennt oder plant. Diversity-Strategien würden bei der Gleichstellung von Männern und Frauen aufhören und die Charta der Vielfalt sei kein ernst zu nehmendes Instrument der Integrationspolitik, gegenteilige Ansichten würden von „Unkenntnis, beziehungsweise eingeschränkter inhaltlicher Wahrnehmung“ zeugen. Ebenso der im Zuge des weitergeführten Nationalen Integrationsplans (NIP) angestrebte Bundesbeirat für Integration trifft auf Zweifel. Es bleibe nämlich unklar, auf welche Weise ein institutionalisierter Dialog zu Stande kommen solle und welche Aufgaben dieser neue Beirat überhaupt übernehmen könne.

Auf der anderen Seite begrüßt der DGB die Ausweitung der Sprachkurse, die Absicht einer Regelung für die vereinfachte Anerkennung ausländischer Abschlüsse, die frühkindliche Sprach-

förderung und die Fortsetzung der Deutschen Islamkonferenz. Kritik muss sich die Regierung jedoch abermals für das Nichtabschaffen der Optionspflicht zur Staatsbürgerschaft gefallen lassen und für die Verlängerung der Kettenduldungen.

Auch der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) zieht ein ambivalentes Fazit aus den integrations- und migrationspolitischen Ergebnissen der Koalitionsvereinbarungen: „Während die Zielvereinbarungen zur Integrationspolitik zumeist richtungweisende Perspektiven eröffnen, sind die Aussagen zur Migrationssteuerung mitunter vage und mutlos“, kommentiert der Vorsitzende des SVR, Professor Klaus Bade, den Vertrag. Zusammenfassend kritisiert der SVR die offenen institutionellen Fragen, das Aussitzen der Optionspflicht im Staatsangehörigkeitsrecht und das Ausbleiben einer Generalreform der Zuwanderungssteuerung. Insgesamt aber sei die Koalitionsvereinbarung „trotz ihrer Schwachstellen ein passabler Start in die neue Legislaturperiode“, fasst Bade zusammen.

Lobende Worte fand Kenan Kolat, der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD): „Zum ersten Mal ist es gelungen, in einer Koalitionsvereinbarung die positiven Aspekte der Einwanderung zu betonen und eine positive Sichtweise zu diesem Thema zu entwickeln.“ Diese

Sichtweise müsse sich nun nur noch auf die Gesellschaft übertragen. Die Einrichtung eines Bundesbeirates wird ebenso begrüßt, wie die Ausweitung der Sprachkurse. Das Rütteln der neuen Regierung am Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) sei jedoch „nicht nachvollziehbar“, vielmehr müssten weitere Hürden für die Betroffenen abgebaut werden und die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) sich in Richtung der Betroffenen neu ausrichten.

„Einen eiskalten Winter für Flüchtlinge“, befürchtet Marei Pelzer, Referentin von PRO ASYL, angesichts der vagen Ankündigungen zur Flüchtlingspolitik. Für das Problem der auslaufenden Altfallregelung zum 31.12.09, von der rund 60.000 Menschen betroffen sein werden, sehe der Koalitionsvertrag keine konkreten Lösungen vor.

Ebenso enttäuscht zeigt sich der Interkulturelle Rat (IR) und dessen Vorsitzender Jürgen Micksch. Der Koalitionsvertrag sei eine „Enttäuschung für Migranten und Flüchtlinge“. Denn überall, wo es um die Verbesserung der rechtlichen Situation von Einwanderern gehe, bleibe der Vertrag sprachlos oder ergieße sich in vagen Absichtserklärungen.

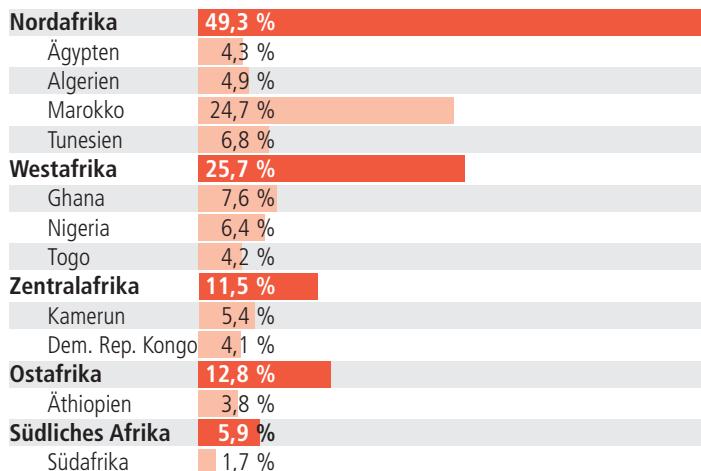
Die Stellungnahme des DGB kann heruntergeladen werden unter:
[www.migration-online.de/
koalitionsvertrag_dgb](http://www.migration-online.de/koalitionsvertrag_dgb)



ZAHLENWERK

Zuwanderer aus Afrika in Deutschland (Anteile nach Herkunftsregionen)

Im Jahr 2007 lebten 268.116 Zuwanderer aus Afrika in Deutschland



Daten: Statistisches Bundesamt, Zusammenstellung Migration & Qualifizierung beim DGB Bildungswerk

Die Zuwanderergruppe, die aus Afrika kommt in Deutschland lebt, spielt

in der Migrationsdebatte kaum eine Rolle. Und es wird kaum zwischen den sehr unterschiedlichen Herkunftsregionen und -ländern differenziert. Der Bereich Migration & Qualifizierung hat jetzt Datenmaterial über diese Gruppe zusammengestellt und zu einem Datendienst verarbeitet.

Dieser – Titel: „Situation der Einwanderinnen und Einwanderer aus afrikanischen Staaten in Deutschland“ – kann im Internet heruntergeladen werden unter:

[www.migration-online.de/
datendienst_afrika](http://www.migration-online.de/datendienst_afrika)

DATENBANK FÜR AUSLÄNDISCHE BILDUNGSABSCHLÜSSE

Datenbank informiert über Vergleichbarkeit

Die erleichterte Anerkennung im Ausland erworbenen Bildungsabschlüsse ist nach wie vor eine der großen Baustellen deutscher Integrationspolitik. Ministerien und Hochschulen, die – je nach Bundesland – für die Anerkennung von Hochschulabschlüssen zuständig sind, haben seit einiger Zeit eine Datenbank als Hilfsmittel, die ihnen die Arbeit erleichtert. Der Name: anabin, was als Abkürzung für Anerkennung und Bewertung ausländischer Bildungsnachweise steht. Aufgebaut wurde sie von der Zentralstelle für ausländisches

Bildungswesen bei der Kultusministerkonferenz.

Die Datenbank liefert Informationen über ausländische Hochschulabschlüsse und akademische Grade sowie Voraussetzungen für deren Erwerb und Hinweise für deren Einstufung im Verhältnis zu deutschen Hochschulabschlüssen.

Die Datenbank anabin, die ständig aktualisiert und erweitert wird, ist zum größten Teil auch öffentlich zugänglich.

Die Adresse lautet:

www.anabin.de

ANTIDISKRIMINIERUNGSSARBEIT IN DER PRAXIS

Veröffentlichung der EU-Kommission zu Aktivitäten von Gewerkschaften und NGOs

Diskriminierung auf der EU-Ebene.

Der Beitrag der Bereichs Migration & Qualifizierung „Antidiskriminierungsschulung für Gewerkschaftsmitglieder“, der von Michaela Dälken, Leiterin des Kompetenzzentrums Europa, vorgestellt wurde, kombiniert die beiden ersten Themenfelder. Das 2007 bis 2008 durchgeführte Schulungsprojekt, das danach in die Regelschulungen des DGB übergegangen ist, vermittelte einerseits die rechtlichen Grundlagen für Antidiskriminierung. Im Mittelpunkt dabei standen das 2006 in Kraft getretene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und die Möglichkeiten, die das Betriebsverfassungsgesetz bietet. Gleichzeitig wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer so geschult, dass sie in der Lage sind, in ihrem Umfeld als Betriebsräte oder gewerkschaftliche Vertreterinnen und Vertreter für das Thema zu sensibilisieren. Die Bekämpfung von Diskriminierung wird so nach und nach zu einer Querschnittsaufgabe in der betrieblichen Interessenvertretung.

Die Publikation bietet insgesamt spannende Einblicke in die Arbeit der Gewerkschaften und NGOs in den Ländern der EU und den Beitrittskandidaten, die nicht nur platonisch sind. Es gibt etwas zu lernen, das man nachmachen kann.

Die Broschüre „Die Rolle der NRO und Gewerkschaften bei der Bekämpfung von Diskriminierung kann im Internet heruntergeladen werden unter:

[www.migration-online.de/
gew_antidiskriminierung](http://www.migration-online.de/gew_antidiskriminierung)



POSITIVE BILANZ

Integrationsbericht des BAMF zum Jahr 2008

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat Ende September 2009 den Jahresbericht für das vergangene Jahr unter dem Titel „Integration in Deutschland – Die Integrationsarbeit des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge – Jahresbericht 2008“ veröffentlicht.

Das BAMF stellt die Integrationskurse als zentrale Maßnahme der staatlichen Integrationsbemühungen an den Anfang des Berichts und findet ein positives Fazit: „Seit dem Start im Jahr 2005 haben rund eine halbe Million Zuwandererinnen und Zuwanderer an den Kursen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge teilgenommen.“

Auch das Jahr 2008 sei erfolgreich gewesen. „Das wesentliche Ziel, die Erfolgsquote der Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer zu erhöhen, wurde erreicht.“ Mehr als die Hälfte aller Kursabsolventinnen und -absolventen hätten die Sprachprüfung bestanden, was im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von knapp sieben Prozent bedeutet. Die Anzahl der Kursteilnehmer stieg um knapp zehn Prozent, die Anzahl der Prüfungsteilnehmer sogar um fast 40 %.

Im Jahr 2008 waren 155.504 Personen berechtigt, an einem Sprachkurs teilzunehmen, was einen Anstieg von zehn Prozent bedeutet. Rund die Hälfte der Teilnehmer (49,1 %) sind vom BAMF zugelassene Altzuwanderer, EU-Bürger oder Eingebürgerte, die sprachlich Nachholbedarf anmeldet haben, 27,9 % sind Neuzwanderer, nur zwei Prozent sind Spät-aussiedler. Der Rest sind zur Teilnahme verpflichtete Altzuwanderer, die Bezieher von Grundsicherungen sind. Einer der Hauptgründe für den positiven Trend sei die Möglichkeit, den Aufbausprachkurs zu wiederholen, sollte man ihn nicht auf Anhieb bestehen. Im letzten Jahr hat das BAMF rund 30.000 Wiederholer zugelassen, von denen rund zwei Drittel das Angebot auch angenommen haben. Als weiteren positiven Impuls identifiziert das BAMF die Neuregelung im Bereich der Fahrtkostenerstattung, die sich zu einem wichtigen Faktor für den Besuch eines Integrationskurses entwickelt hätte: „Wurden im Jahr 2007 noch 6.682 Anträge auf einen Fahrtkostenzuschuss gestellt, verdreifachte sich die Zahl der Anträge im Jahr 2008 auf 90.169.“

Der Bericht steht im Internet unter:

www.migration-online.de/bamf_jahresbericht08

SITUATION DER ROMA IN DER EU

Zwei Berichte der Grundrechteagentur

Die Europäische Agentur für Grundrechte (FRA) geht verstärkt auf die Lebensbedingungen der Roma in der Europäischen Union ein. Dabei sind zwei neue Dokumente herausgegeben worden.

Ende Oktober 2009 veröffentlicht die FRA einen Bericht unter dem Titel „Housing conditions of Roma and Travellers in the European Union“. Dabei wird offensichtlich, wie stark Roma immer noch bei der Vergabe von Wohnungen diskriminiert werden. Die Wohnmöglichkeiten sind im schlechten Zustand und sie leben stark separiert vom Rest der Bevölkerung. Auch ist das Wissen unter den Roma über ihre Rechte mangelhaft.

All diese Punkte thematisiert der Bericht.

Am 9. November legte die FRA einen weiteren Bericht unter dem Titel „The situation of Roma EU citizens moving to and settling in other EU member states“ nach, in dem besonders auf die Diskriminierung von Roma im Zusammenhang mit ihren Freizügigkeitsrechten eingegangen wird und wie die Situation der traditionell mobilen Roma verbessert werden kann.

Die Berichte stehen im Internet unter:

www.migration-online.de/roma_movement

und

www.migration-online.de/roma_housing

DEUTLICHE ZUNAHME

Asylbewerberzahlen im September 2009

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vermeldet für den Monat September 2009 insgesamt 2.609 Asylanträge. Damit stieg die Zahl der Bewerber im Vergleich zum Vormonat um 6,6 Prozent. Vergleicht man die Zahlen jedoch mit den Bewerbern des Monats September

2008, ist ein deutlicher Anstieg von 644 Personen zu verzeichnen, was einen prozentualen Anstieg von 32,8 Prozent bedeutet. Die Hauptherkunftsänder der Antragsteller waren, wie schon in den vergangenen Monaten – mit großem Abstand – der Irak und Afghanistan. Dies lässt sich direkt auf die Eskalation der Gewalt und neue Qualität der Kampfhandlungen in diesen Ländern zurückführen.



ZWEI RICHTLINIEN GEÄNDERT

Europäische Kommission will einheitlichen Schutzstatus

Am 21. Oktober 2009 gab die Europäische Kommission (EK) die Änderung zweier Richtlinien bekannt. Die Anpassung der Richtlinie über die Anerkennung und den Status von Personen, die internationalen Schutz benötigen und die Asylverfahrensrichtlinie sollen für ein homogeneres und gerechteres Asylverfahren und einen einheitlichen Schutzstatus innerhalb der Europäischen Union sorgen.

„Die Kommission hat heute die letzten Grundlagen für das Gemeinsame Europäische Asylsystem geschaffen. Aufgrund der Umsetzung gemeinsamer Normen sind in den letzten Jahren zwar bedeutende Fortschritte erzielt worden, dennoch bestehen auf dem Gebiet des internationalen Schutzes immer noch beträchtliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Die Kommissionsvorschläge werden entscheidend zu besseren Schutzstandards, einheitlicheren Rahmenbedingungen in den einzelnen EU-Ländern sowie einem effizienteren und kohärenteren System beitragen“, meint Jacques Barrot, Kommissar für Justiz, Freiheit und Sicherheit.

Die Änderungen der Anerkennungsrichtlinie zielen in Richtung Vereinheitlichung der Rechtsbegriffe, Beseitigung von rechtlichen Unterschieden zwischen Flüchtlingen und Personen mit Anspruch auf subsidiären Schutz, die Dauer der Aufenthaltstitel, sowie Zugang zur Sozialhilfe und medizinischer Versorgung.

Die Modifikationen der Asylverfahrensrichtlinie sollen die Asylverfahren auf ein halbes Jahr verkürzen und sehen dabei nur noch ein Prüfverfahren pro Antrag vor. Auch der Zugang zu einem asylrechtlichen Prüfverfahren soll vereinfacht werden. Es sollen auch noch Fachleute über die Anträge entscheiden dürfen. Außerdem ist vorgesehen, den rechtlichen Schutz für Asylbewerber zu verbessern. Flüchtlingsorganisationen wie PRO ASYL kritisieren jedoch das Festhalten an der Möglichkeit in so genannte sichere Drittstaaten abschieben zu können und die zunehmende Tendenz, Asylsuchende zu inhaftieren.

Die beiden Richtlinien findet man unter:

www.migration-online.de/rl_asylverfahren

www.migration-online.de/rl_schutzstatus



INTEGRATIONSPOLITIK IN DER MITTE BERLINS

KOMMENTAR

Christian Hanke, Bezirksbürgermeister Mitte von Berlin



Nichts ist umstrittener in Deutschland als die Frage, welcher Weg zu einer gelungenen Integrationspolitik führt? Jenseits der ideologischen Positionen zwischen der Forderung nach Assimilierung und dem romantischen Multikulti liegt die Strategie für kommunale Entscheidungsträger in pragmatischen, aber auch experimentellen Schritten auf der Basis von Vertrauensvorschuss, um das Zusammenleben in der Stadtgesellschaft zu gestalten und stetig zu verbessern.

Natürlich werden die Rahmenbedingungen von der Bundes- und der Landesebene entscheidend mitgestaltet: Denken wir nur an das Aufenthaltsrecht oder die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft sowie die meinungsbestimmenden Diskurse in den Medien. Aber gelebt wird Integration in den Kommunen. Dabei kommt dem Bürgermeister eine zentrale Rolle zu: Geht er auf die migrantischen Communities zu oder grenzt er sich ab. Fördert er die Kontakte zwischen deutschen „Ureinwohnern“ und Zuwanderten und nimmt deren Ängste, Sorgen und Vorurteile dialogisch auf oder bedient er die gängigen Klischees und befördert so das gegenseitige Fremdsein. Bezieht er klar Stellung gegen jede Art extremistischer und radikaler Einstellungen oder verstärkt er undifferenzierte Gruppenbezeichnungen wie „die Muslime“, „die Polen“, „die Anderen“. Der Bürgermeister und kommunale Repräsentanten

tragen wesentliche Verantwortung dafür, ob die Kommune sich als offene Gesellschaft begreift, die gleichberechtigte Teilhabe – denn dies ist Integration – zum Wohle aller ermöglicht oder ob Abgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus befördert werden.

Wir können empirisch sehr gut beschreiben, welche Probleme wir in der Zuwanderungsgesellschaft Deutschland haben. Migrantische Schüler machen schlechtere Schulabschlüsse, migrantische Akademiker haben schlechtere Berufschancen – dies ist die Bandbreite. Wenn man Probleme als Aufgaben sieht, die zu bewältigen sind, werden die Antworten allerdings immer rarer und Ängste nehmen zu.

Deutschland ist schon längst ein anderes Land, als viele glauben. Goethe, das Grundgesetz, die Aufklärung, die christlichen Kirchen und die „preußischen Tugenden“ werden immer dazu gehören, aber eben auch der Islam, orientalische Dichter, osteuropäische Musik, italienische und französische Lebensart oder asiatischer Fleiß und Bildungshunger. Deutsche Identität ist nicht verloren gegangen, sie verändert sich, ohne dass wir dafür schon die treffenden Begriffe haben. Ein Leitbegriff ist aber kulturelle Öffnung, in der Verwaltung, in der Gesellschaft, in den Medien, in der Politik. Es geht nicht darum, dass alle examinierte Kulturwissenschaftler werden, sondern um Respekt und gleiche Augenhöhe und das Bemühen um Verständnis. Es geht um Wertschätzung – und die ist noch Mangelware.

Politik hat die Aufgabe, zusammenzuführen und Benachteiligungen auszugleichen. Dies wird jetzt im Bezirk Mitte, wo 300.000 Menschen wohnen, mit einem innovativen Tandemprojekt zur Elternbildung zwischen einer traditionellen Moschee und der AWO versucht. Es sollen Eltern in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt werden und gleichzeitig soll das Selbst-

hilfepotenzial der Familien wie auch der Moschee gehoben werden. Die Partner begegnen sich auf Augenhöhe und die Moschee wird in ihrem Bestreben unterstützt, Verantwortung für die Stadtgesellschaft jenseits rein religiöser Fragen zu übernehmen – möglicherweise am Anfang einer islamischen Sozialethik. Ziel ist gleichberechtigte Teilhabe.

Wo ist aber das Besondere? Während die AWO ein erfahrener und professioneller Akteur auf dem Gebiet der Elternbildungsarbeit ist, fungiert die Haci Bayram Moschee e.V. als ein neuer Akteur, der mit der Zielgruppe schon seit längerer Zeit vertraut ist und über wertvolles Erfahrungswissen verfügt, aber in der sozialen Arbeit unerfahren ist. Diese Konstellation stellt die beiden Partner vor besondere Herausforderungen, aber bietet vor allem Chancen und innovative Entwicklungsmöglichkeiten.

Wir haben keine idealen Umstände, um ideale Lösungen anbieten zu können. So ist es aber auch in der Technik: Die Bedingungen sind nie ideal, aber Technik macht trotzdem Fortschritte. Hier versucht man die Barrieren zu erkennen und möglichst zu minimieren und nachhaltige Fortschritte zu erzielen.

Mit diesem Tandemprojekt beschreitet die Politik einen pragmatischen, experimentellen Weg und geht möglicherweise ein Risiko ein. Wichtig ist, dass wir uns den Herausforderungen stellen, Lösungen ausloten. So werden Chancen eröffnet, innovative Wege zu gehen, aber auch Fehler zu erkennen und daraus zu lernen. Dies wäre unzweifelhaft ein Integrationsfortschritt jenseits aller Ideologien, aber zum Vorteil der Kommune.

Der Kommentar wurde leicht gekürzt.
Die ungetkürzte Fassung steht unter:
[www.migration-online.de/
kommentar_christian-hanke](http://www.migration-online.de/kommentar_christian-hanke)

GEFÖRDERT DURCH



Bundesministerium
des Innern



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Europäischer Integrationsfonds

IMPRESSUM



DGB

BILDUNGSWERK

BUND

HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk

Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

KOORDINATION

Michaela Dälken

REDAKTION

Bernd Mansel
(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

LAYOUT

Gitte Becker

DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

FOTOS

photocase

ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

DGB Bildungswerk
Bereich Migration & Qualifizierung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de